



THEMEN / WELT

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Kommentar: Nur eine Mogelpackung

Die BRICS-Staatschefs stilisieren sich mit der Gründung eines Währungsfond und einer neuen Entwicklungsbank zu antiamerikanischen Weltrettern. Doch die Regierungen haben andere Interessen, meint Astrid Prange.



Die fünf Staatschefs beim BRICS-Gipfel im brasilianischen Fortaleza

Antiamerikaner aller Länder, vereinigt Euch! Wir erlösen Euch vom Diktat Washingtons! Schlagt die Kredite von Weltbank und Weltwährungsfonds aus, vergesst Privatisierungen und Haushaltssanierung und beantragt einen Kredit bei der [neuen Entwicklungsbank der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika](#).

Zugegeben, für viele Entwicklungsländer dürfte diese eine verlockende Perspektive sein. Schließlich haben sich die Sparprogramme und Privatisierungen, die an die Vergabe von Rettungskrediten aus Washington geknüpft waren, wirtschaftlich oft verheerend in Entwicklungsländern ausgewirkt.

Bankengründung ist Mogelpackung



DW-Reporterin Astrid Prange

Doch die antiamerikanische Bankengründung der BRICS-Staaten ist eine Mogelpackung. Die Kredite aus Schanghai zum Ausbau der Infrastruktur in Entwicklungsländern sind eine gewinnbringende Investition für die großen Devisenreserven, über die viele BRICS-Staaten mittlerweile verfügen. Ihre neuen Banken sind nicht antiamerikanisch, sondern im Gegenteil, ein Spiegelbild von IWF und Weltbank.

Der BRICS-Traum vom ewigen

Wirtschaftswachstum, das nun durch die Kredite der neuen Entwicklungsbank angekurbelt werden soll, erinnert an die 80er Jahre. Mega-Staudämme, Atomkraftwerke, Brücken und Straßen - damals finanzierte die Weltbank teure Prestigevorhaben, an denen internationale Konsortien gut verdienen, von denen die Bevölkerung aber kaum profitierte. Die Kredite für die Bauvorhaben trugen häufig zum Anwachsen der Auslandsschulden bei. Es könnte gut sein, dass die BRICS-Bank zu einer Neuauflage bei der Finanzierung von solchen Großvorhaben beiträgt.

Die antiamerikanische Rhetorik verschleiert, dass die Wirtschaftspolitik der BRICS-Staaten häufig genauso imperialistisch ist, wie sie dies den USA vorwerfen. China gilt in vielen afrikanischen Ländern als neue Kolonialmacht. Brasilianische Großgrundbesitzer bestimmen in Paraguay die Soja-Produktion und russische Gaslieferanten üben über den Gaspreis politischen Druck aus.

Wachsende Macht der Schwellenländer

Die neuen Finanzinstitute der BRICS-Staaten sind nicht antiamerikanisch. Sie werden bei den Kriterien für die Kreditvergabe vermutlich auch nicht gerechter oder sozialer als die Weltbank und der Weltwährungsfonds sein. Sie sind schlicht ein Ausdruck der [wachsenden wirtschaftlichen und politischen Macht der Schwellenländer](#). Diese sind nicht mehr auf Geld aus den herkömmlichen Finanzinstituten angewiesen, sondern selber zu Geldgebern aufgestiegen. Eine für die Länder positive Entwicklung, die schon lange absehbar war und nun endlich konkrete Formen angenommen hat.

Die BRICS-Staaten sind reicher geworden, [aber nicht automatisch solidarischer](#). Auch in der "BRICS-Familie" genießen die Aufsteiger Brasilien und Indien keine Unterstützung der alt eingesessenen Chinesen und Russen bei ihrem Streben nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat. Außen- und innenpolitisch gilt das Prinzip der Nichteinmischung; bei den Interessen Chinas im Sudan, bei der Position Russlands in der Ukraine und im Syrienkrieg.

Der BRICS-Gipfel in Fortaleza wird als ein [historischer Moment in die Geschichte eingehen](#), aber nicht als ein politischer Paukenschlag gegen Washington. Denn seine Botschaft ist echt amerikanisch: Jeder kann es schaffen, und Konkurrenz belebt das Geschäft. Es ist gut möglich, dass sich sogar Weltbank und Weltwährungsfonds über die neuen BRICS-Banken freuen.

DIE REDAKTION EMPFIEHLT

Die selbsternannten Retter der Welt

Endlich haben die BRICS-Staaten einen gemeinsamen Nenner: Eine neue Entwicklungsbank und einen eigenen Währungsfond. Beide Institutionen sollen dazu beitragen, die globalen Machtstrukturen zu verschieben. (16.07.2014)

Prys: "Mitglieder nutzen BRICS pragmatisch"

Das Bündnis BRICS hat keinen festen institutionellen Rahmen. Das, so die Politikwissenschaftlerin Miriam Prys, verringert zwar seinen Einfluss auf die Weltpolitik, könnte aber sein Bestehen verlängern. (15.07.2014)

Währungspolitik ohne Washington

Auch nach der Weltmeisterschaft bleibt Brasilien im Rampenlicht. Beim BRICS-Gipfel will der Gastgeber gemeinsam mit Russland, Indien, China und Südafrika eine Wende der globalen Währungspolitik einleiten. (15.07.2014)

BRICS trennt mehr als sie eint

Kaum ist die WM abgepiffen, treffen sich die Staatschefs von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika in Fortaleza. Auch wenn die BRICS-Staaten Einigkeit demonstrieren, bleiben sie ein loses Gebilde. (14.07.2014)

Datum 16.07.2014

Autorin/Autor Astrid Prange (z. Zt. Fortaleza)

Redaktion Greta Hamann

Themenseiten BRICS-Staaten, WTO, Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank

Schlagwörter BRICS, Gipfel, Fortaleza, Staatschef, Entwicklungsbank, Währungsfond, IWF, Weltbank

Teilen Versenden Facebook Twitter google+ mehr ...

Feedback: Schreiben Sie uns!

Drucken Seite drucken

Permalink http://dw.de/p/1Cdn4

MEHR ZUM THEMA



BRICS-Staaten rufen Entwicklungsbank und Währungsfonds ins Leben

15.07.2014

Auf ihrem sechsten Gipfeltreffen wollen sich die BRICS-Schwellenländer von den Industrieländern ein Stück unabhängiger machen. Eine neue Entwicklungsbank soll Straßen und Brücken in armen Ländern finanzieren.



Das Finale danach 18.07.2014

Milliarden Menschen haben die Fußball-Weltmeisterschaft verfolgt. Doch erst in der Woche nach dem Turnier wurde mit dem BRICS-Gipfel in Brasilien tatsächlich Geschichte geschrieben, meint DW-Kolumnist Frank Sieren.



Währungspolitik ohne Washington 15.07.2014

Auch nach der Weltmeisterschaft bleibt Brasilien im Rampenlicht. Beim BRICS-Gipfel will der Gastgeber gemeinsam mit Russland, Indien, China und Südafrika eine Wende der globalen Währungspolitik einleiten.

MEHR AUS DER RUBRIK



Asseburg: Ohne Friedensvertrag keine Demilitarisierung 12.08.2014

Für eine dauerhafte Lösung im Gazakrieg fordert Israel, die Hamas zu entwaffnen. Warum sich das in der aktuellen Lage kaum umsetzen lässt, erläutert Muriel Asseburg im DW-Gespräch.



Nuri al-Maliki: vom Hoffnungsträger zum Problemfall 11.08.2014

Bei seinem Amtsantritt als Premier war er Hoffnungsträger: Al-Maliki sollte dem Irak Frieden bringen. Nun steht das Land wieder vor einem Bürgerkrieg. Anders als erhofft, ist al-Maliki keine Integrationsfigur geworden.



Israelis zeigen Nerven

10.08.2014

Die Verhandlungen zwischen Israel und der Hamas stocken. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu schwört die israelische Bevölkerung auf weitere Kämpfe ein. Diese zeigen sich langsam frustriert und ungeduldig.